

4. 10. 2012

RESOLUTIONSANTRAG

des Abgeordneten Bader und Kernstock

zur Vorlage der Landesregierung betreffend Tätigkeitsbericht des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds und der NÖ Landeskliniken-Holding für das Jahr 2011,
LT-1264/B-44/4

betreffend **mehr Studienplätze im Fach Humanmedizin**

Die derzeitige Ausgangslage bei Studienplätzen an der Medizinischen Universität Wien stellt sich so dar, dass jährlich 660 Studienplätze zur Verfügung stehen, davon 495 für Österreicher und Südtiroler, 132 für andere EU-Ausländer, 33 für Nicht-EU-Ausländer.

Geht man von einer Drop-out-Rate im Studium von ca. 7% aus, sowie von ca. 10% der Absolventen, die nach dem Studium in die Forschung oder Pharmaindustrie wechseln, verbleiben ca. 410 Absolventen für den Arbeitsmarkt.

Laut Angaben der zuständigen Personalstellen wurden im Land Niederösterreich in den letzten Jahren, als noch kein Turnusarztmangel herrschte, zwischen 240 und 290 Turnusärzten pro Jahr in den NÖ Landeskliniken neu eingestellt. Seit dem Jahr 2011 sind die Turnusarztplätze in NÖ immer schwieriger zu besetzen, zu größten Schwierigkeiten bis hin zur nicht möglichen Besetzung kommt es dabei in den peripheren Gebieten des Bundeslandes Niederösterreich. Die Lage wird sich in Zukunft noch weiter verschärfen, da jetzt immer weniger Absolventen nach der alten Studienordnung, die vor Einführung der Reglementierung auf 660 Plätze in Geltung stand, ihr Studium beenden. Umso problematischer gestaltet sich die Lage im Hinblick darauf, dass aus diesen errechneten 410 Absolventen auch der gesamte Bedarf der Bundesländer Wien, Niederösterreich, Burgenland, sowie Teile von Oberösterreich und der Steiermark zu bedecken sind.

Erschwerend kommt hinzu, dass das KA-AZG immer genauer kontrolliert und rigoroser umgesetzt wird. Auch sind die Kollegen in den Krankenhäusern nicht mehr gewillt, bis zur theoretischen gesetzlichen Höchststundenanzahl zu arbeiten. Auf die ausländischen Kollegen, die in Wien ihr Studium absolvieren, kann kaum zurückgegriffen werden, da vor allem in Deutschland ein Ärztemangel herrscht und die Kollegen mit lukrativen Angeboten in Deutschland rechnen können.

Ein zukünftig weiterer Problempunkt ergibt sich durch die Tatsache, dass laut NÖ Ärztekammer in den nächsten 5-10 Jahren eine Pensionierungswelle im niedergelassenen Arztbereich unseres Bundeslandes ansteht. Dadurch wird es zu einem massiven Abwandern von Ärzten aus den Krankenhäusern in die Niederlassung kommen. Manche periphere Kassenstellen können schon jetzt nicht besetzt werden.

Auch die großen Anstrengungen, die das Bundesland Niederösterreich in diesem Bereich durch die Etablierung der Karl Landsteiner Universität in Krems bereits leistet, werden den beschriebenen Engpass nicht vollständig auffangen können. Eine im Vollausbau befindliche Medizinische Privatuniversität in Krems kann mit ihrem Reservoir an Studienanfängern den zukünftigen Bedarf des Bundeslandes Niederösterreich nicht vollständig decken.

Aus all diesen Gründen und der Tatsache heraus, dass sich eine viel größerer Anzahl von NiederösterreicherInnen für einen Platz zum Studium Humanmedizin interessieren, als letztlich angenommen werden, erscheint eine deutliche Anhebung der Studienplätze an den öffentlichen Medizinischen Universitäten dringend notwendig.

Der Gefertigte stellt daher den

A n t r a g :

Der Hohe Landtag wolle beschließen

„Die Landesregierung wird ersucht, die Bundesregierung aufzufordern, rasch in Gespräche und Verhandlungen unter Einbeziehung der öffentlichen Medizinischen Universitäten zu treten, die das Ziel haben, eine deutliche Anhebung der Studienplätze an den öffentlichen medizinischen Universitäten zu erreichen.“